

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 28 | 10.07.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 60/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Umsatzsteuergesetz 1994** geändert wird (Einführung eines befristeten ermäßigten Steuersatzes iHv 5% zur Unterstützung der Gastronomie, der Kulturbranche sowie des Publikationsbereichs, die von der COVID-19-Krise in einem besonderen Ausmaß betroffen sind)

[BGBl I 61/2020](#)

Änderung des **Bundesgesetzes über das Inverkehrbringen von Mund-Nasen-Schnellmasken** während der Corona COVID-19-Pandemie (fortdauernde Sicherstellung der Herstellung von MNS-Masken; keine Anwendung der strengen Zertifizierungskriterien des MedizinprodukteG und des Maschinen-Inverkehrbringungs -und NotifizierungsG für MNS-Masken)

[BGBl I 62/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Epidemiegesetz 1950** geändert wird (Fristverlängerung zur Geltendmachung des Anspruchs auf Vergütung des Verdienstentgangs, der aufgrund einer wegen des Auftretens von SARS-CoV-2 ergangenen behördlichen Maßnahme besteht, auf drei Monate)

[BGBl I 63/2020](#)

Bundesgesetz, über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (**COVID-19-Zweckzuschussgesetz**) (Kostensatz für, die den Ländern iRd Bekämpfung der COVID-19-Krise zusätzlich entstandenen, Aufwendungen für Schutzausrüstung, für die Hotline 1450 und für Barackenspitäler im Zeitraum von März bis Mai 2020 durch einen Zweckzuschuss des Bundes)

[BGBl I 64/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds für eine Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstlerinnen und Künstler erlassen wird und Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz geändert wird (**22. COVID-19-Gesetz**) (spezifische Unterstützung für Künstler, die durch die Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 besonders betroffen sind)

[BGBl II 300/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport gemäß § 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds betreffend Richtlinien über die Gewährung von Unterstützungsleistungen an Organisationen gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds, welche im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten Auswirkungen geboten sind, damit diese Organisationen in die Lage versetzt werden, ihre statutengemäßen Aufgaben weiter zu erbringen (**NPO-Fonds-Richtlinienverordnung – NPO-FondsRLV**)

[BGBl II 302/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über Leistungs- und Förderungsstipendien für das Studienjahr 2019/2020 (**Leistungs- und Förderungsstipendien-Verordnung 2020**)

[BGBl II 307/2020](#)

Kundmachung der Präsidentin des Rechnungshofes betreffend den **Frauenförderungsplan** des Rechnungshofes 2020/2021

[BGBl II 312/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen mit der die **Verordnung betreffend die elektronische Einreichung von Anbringen im Zusammenhang mit steuerlichen Erleichterungen** aufgrund des Coronavirus geändert wird

[BGBl II 314/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung des Haftungsrahmens zur Bewältigung der Krisensituation aufgrund von COVID-19 für das KMU-Förderungsgesetz (**KMU-Förderungsgesetz COVID-19-HaftungsrahmenV**) geändert wird

[BGBl III 94/2020 \(Anlage\)](#)

Protokoll zwischen der Republik Österreich und dem **OPEC-Fonds** für internationale Entwicklung zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem OPEC-Fonds für internationale Entwicklung über den **Amtssitz des Fonds**

[BGBl III 95/2020 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Luftverkehrsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Staaten von **Amerika** andererseits

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 212 v 03.07.2020, 14](#)

Beschluss (EU) 2020/954 des Rates vom 25. Juni 2020 über den im Namen der Europäischen Union in der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zu vertretenden Standpunkt in Bezug auf die Mitteilung über die freiwillige Teilnahme am System zur Verrechnung und **Verringerung von Kohlenstoffdioxid** für die internationale Luftfahrt (**CORSIA**) ab dem 1. Januar 2021 und die für die **Berechnung der Kompensationspflichten** der Flugzeugbetreiber im Zeitraum 2021-2023 gewählte Option

[ABI L 216 v 07.07.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/970 des Rates vom 3. Juli 2020 zur weiteren Verlängerung der mit dem Beschluss (EU) 2020/430 eingeführten und mit den Beschlüssen (EU) 2020/556 und (EU) 2020/702 verlängerten befristeten Ausnahme von der **Geschäftsordnung des Rates** angesichts der durch die **COVID-19-Pandemie** in der Union verursachten Reisebehinderungen

[ABI L 217 v 08.07.2020, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/977 der Kommission vom 7. Juli 2020 zur Abweichung von den Verordnungen (EG) Nr 889/2008 und (EG) Nr 1235/2008 hinsichtlich der **Kontrollen** der Produktion **ökologischer/biologischer Erzeugnisse** aufgrund der **COVID-19-Pandemie**

[ABI L 218 v 08.07.2020, 1](#)

Beschluss (GASP) 2020/979 des Rates vom 7. Juli 2020 zur Unterstützung der Entwicklung eines international anerkannten Systems für die Validierung der **Waffen- und Munitionsverwaltung** nach offenen **internationalen Standards**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

08.06.2020, [V 101/2019](#)

Bgld KanalabgabeG; Feststellung der Gesetzwidrigkeit einer Verordnung über die Ausschreibung einer **Kanalbenützungsgebühr** mangels gesetzlicher Ermächtigung für ein rückwirkendes Inkrafttreten

08.06.2020, [V 361/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; Zurückweisung eines Individualantrags auf **Aufhebung einer Covid-19-VO** wegen Anhängigkeit eines Strafverfahrens

09.06.2020, [E 1320/2019 ua](#)

Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG; Abweisung von **Wiedereinsetzungsanträgen**; Rechtsirrtum über das Inkrafttreten des verwaltungsrechtlichen COVID-19-BegleitG ist kein Wiedereinsetzungsgrund

09.06.2020, [E 1954/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Staatsangehörige von Somalia und ihr minderjähriges Kind; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Versorgungs- und Gefährdungslage für Minderjährige

09.06.2020, [E 3487/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status einer subsidiär Schutzberechtigten** an eine Staatenlose aus dem Libanon; keine Auseinandersetzung mit den einschlägigen Länderfeststellungen zu Frauen und Staatenlosen

15.06.2020, [V 401/2020 ua](#)

COVID-19-MaßnahmenG; Zurückweisung von Anträgen auf Aufhebung von COVID-19-VO betreffend Ausnahmen vom **Betretungsverbot von Sportstätten**; mangelnde rechtliche Betroffenheit des Eigentümers einer sportstättenbetreibenden Fußball-Bundesliga-Mannschaft sowie Unzulässigkeit wegen zu eng gewählten Anfechtungsumfangs

16.06.2020, [V 432/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenVO bei Einreise aus Nachbarstaaten; Zurückweisung eines Individualantrags auf Aufhebung einer COVID-19-Verordnungsbestimmung betreffend die 14-tägige **selbstüberwachte Heimquarantäne** bei Einreise in das österreichische Bundesgebiet auf Grund zu engen Anfechtungsumfangs

18.06.2020, [V 91/2019](#) (Anlassfall [E 554/2019](#))

VersammlungsG; Feststellung der Gesetzwidrigkeit einer VO der Bezirkshauptmannschaft Baden betreffend die Versammlung „Pro Milch – Warum Milch ein wichtiges Nahrungsmittel ist“ auf Grund **Untersagung einer weiteren Versammlung** mit unterschiedlichen Positionen und gegensätzlichen Meinungen

26.06.2020, [E 248/2019 ua](#)

Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherschutzG; keine Verletzung in verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten durch die Vorschreibung einer pauschalierten **Jahresgebühr für die Überwachung von Tabak- und verwandten Erzeugnissen**; keine unsachliche Aufteilung der individuellen Kosten durch Heranziehung der Höhe der Verkaufszahlen für die Zurechnung der Gesamtkosten auf die einzelnen Kostenträger iSd Äquivalenzprinzips; Festlegung des verhältnismäßigen Säumniszuschlags von 2% der Jahresgebühr (noch) gesetzlich gedeckt; keine Bedenken gegen die Übertragung der Überwachung der Einhaltung von produktbezogenen Bestimmungen an den Bundesminister für Gesundheit in mittelbarer Bundesverwaltung; Zuständigkeit des VwGH bei Kompetenzkonflikten zwischen Verwaltungsgerichten

27.06.2020, [V 94/2020](#)

Flächenwidmungspläne der Gemeinde Bad Bleiberg; Gesetzwidrigkeit von Flächenwidmungsplänen betreffend die **Umwidmung von Grundstücken** mit geteilter Widmung mangels exakter Abgrenzung der Widmungsf lächen; keine Sanierung durch Angabe der konkreten Flächenmaße in den verbalen Ausführungen

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

29.05.2020, [Ra 2020/10/0007](#)

SchulpflichtG; der Gesetzgeber hat die **Wiederholung einer Schulstufe** im Rahmen der Teilnahme am Unterricht an einer Privatschule ohne Öffentlichkeitsrecht oder an **häuslichem Unterricht** nicht vorgesehen; aus § 11 Abs 4 SchulpflichtG ergibt sich, dass für den Fall, dass der zureichende Erfolg dieses Unterrichts für eine Schulstufe nicht nachgewiesen wird, die Erfüllung der Schulpflicht iSd § 5 leg cit anzuordnen ist und somit der weitere Besuch einer Privatschule ohne Öffentlichkeitsrecht bzw die Teilnahme am häuslichen Unterricht nicht mehr in Betracht kommt

05.06.2020, [Ra 2019/10/0013](#)

PrivatschulG; aus der in § 27a PrivatschulG vorgesehenen Beschränkung der Antragsbefugnis auf den „jeweiligen“ Schülerhalter ergibt sich, dass die Möglichkeit der **Erteilung der Nachsicht vom Nachweis der Sprachkenntnisse** lediglich für Lehrer eingeräumt wird, die am 31. August 2018 an der Privatschule des antragstellenden Schülerhalters in Verwendung standen; hätte der Gesetzgeber die Möglichkeit der Nachsichterteilung auch für an anderen Privatschulen zu diesem Zeitpunkt in Verwendung stehende Lehrer ermöglichen wollen, ergäbe die Einschränkung des Antragsrechts auf den „jeweiligen“ Schülerhalter keinen Sinn

09.06.2020, [Ra 2016/08/0005](#)

Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG; bei der Beurteilung der Frage, ob sich ein **Betrieb mit Baueisenbiegearbeiten** befasst und er damit in den Tätigkeitsbereich einer der Betriebe gem § 2 Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG fällt, ist entscheidend, ob die Arbeiten des Betriebs für Bauten, oder bloß für die standardisierte reine Produktion von Baustoffen bzw Baumaterial in großer Zahl für den Markt ausgeübt werden; auf eine gewichtende Abwägung der Baueisenbiegearbeiten im Verhältnis zu den anderen verrichteten Tätigkeiten kommt es dabei nicht an

09.06.2020, [Ra 2020/08/0031](#)

ArbeitslosenversicherungsG; die Rsp des VwGH zur Zumutbarkeit der Wegzeit bei Vollzeitbeschäftigung kann in ihren maßgeblichen Gesichtspunkten auf Teilzeitbeschäftigungen übertragen werden; demnach liegt die **Wegzeit bei einer Teilzeitbeschäftigung** grundsätzlich erst dann „wesentlich“ über der in § 9 Abs 2 ArbeitslosenversicherungsG normierten Grenze von eineinhalb Stunden – und sie ist daher erst dann „nur unter besonderen Umständen“ zumutbar –, wenn diese Grenze um etwa 50 % überschritten wird

09.06.2020, [Ra 2019/08/0143](#)

Gewerbliches SozialversicherungsG; die **Abgabe einer Versicherungserklärung** bewirkt, dass das Versicherungsverhältnis auch dann für den Zeitraum der Ausübung der betreffenden selbständigen Erwerbstätigkeit bestehen bleibt, wenn sich nach Einlangen des maßgeblichen Einkommensteuerbescheids herausstellt, dass die Versicherungsgrenze entgegen der abgegebenen Erklärung unterschritten wurde; insoweit kommt der Versicherungserklärung die **Rechtswirkung eines „opting in“** zu; die Sozialversicherungsanstalt hat bei ihrer Entgegennahme nicht zu prüfen, ob tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Erklärung realistischen Annahmen entspricht; maßgeblich ist ausschließlich, ob die betreffende Person eine Erwerbstätigkeit iSd § 2 Abs 1 Z 4 Gewerbliches SozialversicherungsG tatsächlich ausübt, ob sie durch diese nicht nach anderen bundesgesetzlichen Bestimmungen eine Pflichtversicherung eingetreten ist und ob sie die Erklärung abgegeben hat

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 26.05.2020, [LVwG-AV-372/001-2020](#)

Nö Feuerwehrg; die Anwendung des erst seit 1. Jänner 2016 in Geltung stehenden § 79 Abs 4 Nö Feuerwehrg auf einen vor dessen Inkrafttreten verwirklichten Sachverhalt würde – bei Vorliegen aller Voraussetzungen – zu einer rückwirkend angeordneten **Kostensatzpflicht** führen; eine Rückwirkung ist allerdings weder im Nö Feuerwehrg ausdrücklich angeordnet, noch ergibt sich aus den Materialien oder dem Gesamtzusammenhang der Regelung, dass sie beabsichtigt war

LVwG Wien 08.06.2020, [VGW-031/092/6228/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; **COVID-19-Lockerungs-VO**; **VStG**; Anwendung im **Verwaltungsstrafverfahren** des für den Bf günstigeren Rechts der COVID-19-Lockerungs-VO (auf § 2 COVID-19-MaßnahmenG gestützte DurchführungsVO) vor dem COVID-19-MaßnahmenG aufgrund des Günstigkeitsvergleichs in § 1 Abs 2 VStG

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[09.07.2020, Rs C-452/18, Ibercaja Banco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – **Hypothekendarlehensvertrag** – Klausel zur Beschränkung der Variabilität des Zinssatzes (**Mindestzinssatzklausel**) – Novationsvertrag – Verzicht, gegen die Klauseln eines Vertrags Rechtsbehelfe bei Gericht einzulegen – Keine Bindungswirkung

[09.07.2020, Rs C-575/18 P, Tschechische Republik/Kommission](#)

Rechtsmittel – Eigenmittel der Europäischen Union – **Finanzielle Verantwortung** der Mitgliedstaaten – Antrag auf Befreiung von der Pflicht zur **Zurverfügungstellung von Eigenmitteln** – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Schreiben der Europäischen Kommission – Begriff ‚anfechtbare Handlung‘ – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Klage wegen **ungerechtfertigter Bereicherung der Union**

[09.07.2020, Rs C-673/18, Santen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Humanarzneimittel – Ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 Buchst d – Voraussetzungen für die **Erteilung eines Zertifikats** – Erhalt der ersten Genehmigung für das **Inverkehrbringen** des Erzeugnisses als **Arzneimittel** – Genehmigung für das Inverkehrbringen einer neuen therapeutischen Verwendung eines bekannten Wirkstoffs

[09.07.2020, verb Rs C-698/18 u C-699/18, Raiffeisen Bank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Kreditvertrag über ein persönliches Darlehen – Vollständig durchgeführter Vertrag – Feststellung der **Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln** – Klage auf Erstattung der aufgrund einer missbräuchlichen Klausel rechtsgrundlos geleisteten Beträge – Rechtliche Modalitäten – Nicht der Verjährung unterliegende

Klage im ordentlichen Verfahren – Der Verjährung unterliegende **persönliche Zahlungsklage** im ordentlichen Verfahren – **Beginn der Verjährungsfrist** – Objektiver Zeitpunkt für die Kenntnis des Verbrauchers über das Vorliegen einer missbräuchlichen Klausel

[09.07.2020, Rs C-716/18, AJFP Caras-Severin und DGRFP Timisoara](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 288 Abs 1 Nr 4 – **Sonderregelung für Kleinunternehmen** – Methode zur **Berechnung des Referenzjahresumsatzes** für die Anwendung der Sonderregelung für Kleinunternehmen – Begriff ‚**Nebenumsatz mit Immobilien**‘ – Vermietung einer Immobilie durch eine natürliche Person, die mehrere freie Berufe ausübt

[09.07.2020, Rs C-70/19 P, Kommission/HM](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamte – Einstellung – Bekanntmachung des Auswahlverfahrens EPSO/AST-SC/03/15 – **Nichtzulassung zur Teilnahme** an den Prüfungen des Auswahlverfahrens – Antrag auf Überprüfung – E-Mail des Europäischen Amtes für Personalauswahl (**EPSO**) – Unterbliebene Übermittlung des Antrags durch das EPSO an den Prüfungsausschuss des Auswahlverfahrens – Grund für die Weigerung – Verspätung – Einstufung der E-Mail des EPSO – Zurückweisung des **Antrags auf Überprüfung** – Befugnisse – Fehlende Rechtsgrundlage – Aufhebung

[09.07.2020, Rs C-76/19, Direktor na Teritorialna direksiya Yugozapadna Agentsiya « Mitnitsi »](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Zollkodex der Gemeinschaften – Art 32 Abs 1 Buchst c – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 157 Abs 2, Art 158 Abs 3 und Art 160 – **Ermittlung des Zollwerts** – Berichtigung – Lizenzgebühren für die zu bewertenden Waren – Lizenzgebühren, die ‚nach den Bedingungen des Kaufgeschäfts‘ für die zu bewertenden Waren zu entrichten sind – Vom Käufer an seine Muttergesellschaft als Gegenleistung für die Zurverfügungstellung des für die Herstellung von Endprodukten erforderlichen **Know-hows gezahlte Lizenzgebühren** – Waren, die **bei Dritten erworben** werden und in die lizenzierten Erzeugnisse einzubauende Bestandteile darstellen

[09.07.2020, Rs C-81/19, Banca Transilvania](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Geltungsbereich – Art 1 Abs 2 – Begriff ‚**bindende Rechtsvorschriften**‘ – Abdingbare Vorschriften – **Darlehensvertrag in Fremdwährung** – Klausel zum Wechselkursrisiko

[09.07.2020, Rs C-86/19, Vueling Airlines](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Übereinkommen von Montreal – Art 17 Abs 2 – **Haftung von Luftfrachtführern** für aufgegebenes Reisegepäck – Nachweislicher Verlust eines aufgegebenen Gepäckstücks – Anspruch auf Entschädigung – Art 22 Abs 2 – Haftungshöchstbeträge bei Zerstörung, Verlust, Beschädigung oder Verspätung des Reisegepäckes – **Keine Informationen** über das **verlorene Gepäckstück** – Beweislast – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

[09.07.2020, Rs C-104/19, Donex Shipping and Forwarding](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Handelspolitik – Dumping – **Antidumpingzoll** auf die Einfuhren von Verbindungselementen aus **Eisen oder Stahl** mit Ursprung in der **Volksrepublik China** – Verordnung (EG) Nr 91/2009 – Gültigkeit – Verordnung (EG) Nr 384/96 – Art 2 Abs 10 und 11 – Verteidigungsrechte

[09.07.2020, Rs C-199/19, RL \(Directive lutte contre le retard de paiement\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Bekämpfung von **Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr** – Richtlinie 2011/7/EU – Begriff des Geschäftsverkehrs – Dienstleistungen – Art 2 Nr 1 – Mietvertrag – Wiederkehrende Zahlungen – **Ratenzahlungen** – Art 5 – Tragweite

[09.07.2020, Rs C-257/19, Kommission/Irland \(Organisme d'enquête maritime\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Grundsätze für die Untersuchung von **Unfällen im Seeverkehr** – Richtlinie 2009/18/EG – Art 8 Abs 1 – Parteien, deren Interessen mit der der Untersuchungsstelle übertragenen Aufgabe in Konflikt tre-

ten könnten – **Mitglieder der Untersuchungsstelle**, die gleichzeitig andere Funktionen ausüben – Fehlende Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungsstelle

[09.07.2020, Rs C-264/19, Constantin Film Verleih](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – **Internetvideoplattform** – Hochladen eines Films ohne die Zustimmung des Rechtsinhabers – Verfahren wegen Verletzung eines **Rechts des geistigen Eigentums** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 8 – **Auskunftsrecht des Klägers** – Art 8 Abs 2 Buchst a – Begriff ‚Adressen‘ – E-Mail-Adresse, IP-Adresse und Telefonnummer – Nichteinbeziehung

[09.07.2020, Rs C-272/19, Land Hessen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Begriff ‚Gericht‘ – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Anwendungsbereich – Art 2 Abs 2 Buchst a – Begriff ‚Tätigkeit, die nicht in den **Anwendungsbereich des Unionsrechts** fällt‘ – Art 4 Nr 7 – **Begriff ‚Verantwortlicher‘** – Petitionsausschuss des Parlaments eines Gliedstaats eines Mitgliedstaats – Art 15 – Auskunftsrecht der betroffenen Person

[09.07.2020, Rs C-297/19, Naturschutzbund Deutschland - Landesverband Schleswig-Holstein](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **Umwelthaftung** – Richtlinie 2004/35/EG – Anhang I Abs 3 zweiter Gedankenstrich – Schädigung, die nicht als ‚**erhebliche Schädigung**‘ eingestuft werden kann – Begriff ‚Bewirtschaftung der betreffenden Gebiete, die den Aufzeichnungen über den Lebensraum oder den Dokumenten über die Erhaltungsziele zufolge als normal anzusehen ist oder der **früheren Bewirtschaftungsweise** der jeweiligen Eigentümer oder Betreiber entspricht‘ – Art 2 Nr 7 – Begriff ‚berufliche Tätigkeit‘ – Aufgrund gesetzlicher Aufgabenübertragung im öffentlichen Interesse ausgeübte Tätigkeit – Einbeziehung oder Nichteinbeziehung

[09.07.2020, Rs C-343/19, Verein für Konsumenteninformation](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 2 – **Gerichtliche Zuständigkeit** bei Ansprüchen aus unerlaubter Handlung oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist – Ort der **Verwirklichung des Schadenerfolgs** – Manipulation von Daten in Bezug auf den **Abgasausstoß von Motoren** eines Automobilherstellers

[09.07.2020, Rs C-374/19, Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Berichtigung des Vorsteuerabzugs – Änderung des Rechts auf **Vorsteuerabzug** – Investitionsgut, das sowohl für **besteuerte als auch für steuerbefreite Umsätze** verwendet wird – Beendigung der Tätigkeit, die zum Vorsteuerabzug berechtigt – Verbleibende Verwendung ausschließlich für steuerbefreite Umsätze

[09.07.2020, Rs C-391/19, Unipack](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – **Zollkodex** der Union – Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446 – Art 172 Abs 2 – Bewilligung für die **Inanspruchnahme der Endverwendung** – Rückwirkung – Begriff ‚**außergewöhnliche Umstände**‘ – Änderung der zolltariflichen Einreihung – Verlust der Gültigkeit einer Entscheidung über eine verbindliche Zolltarifauskunft

B. SCHLUSSANTRÄGE

[09.07.2020, Rs C-56/19 P, RFA International/Kommission \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Rechtsmittel – Dumping – **Einführen von Siliziumeisen mit Ursprung in Russland** – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 11 Abs 9 und 10 – Ablehnung der Anträge auf Erstattung entrichteter **Antidumpingzölle** – Überprüfungsmethode – Änderung der Umstände bezüglich der ursprünglichen Untersuchung bzw der vorbereitenden Erstattungsuntersuchungen und Interimsprüfungen – Rechnerisch ermittelter Ausfuhrpreis – Abzug entrichteter Antidumpingzölle – Schlüssiger Beweis

[09.07.2020, Rs C-342/19 P, De Masi und Varoufakis/EZB \(GA Pikamäe\)](#)

Rechtsmittel – Zugang zu Dokumenten der Europäischen Zentralbank (EZB) – Mit der Haupttätigkeit der EZB im Zusammenhang stehendes Dokument – Beschluss 2004/258/EG – Art 4 Abs 2 und 3 – Anwendungsbereich – **Verweigerung des Zugangs zu einem Dokument zum internen Gebrauch** – Verknüpfung des Dokuments mit einem laufenden oder abgeschlossenen Entscheidungsprozess

[09.07.2020, Rs C-463/19, Syndicat CFTC \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Sozialpolitik – Richtlinie 2006/54/EG – Gleichbehandlung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen – Nach dem **gesetzlichen Mutterschaftsurlaub** durch Tarifvertrag gewählter **zusätzlicher Urlaub** – Kein Anspruch auf zusätzlichen Urlaub für **männliche Arbeitnehmer** – Vorschriften zum Schutz der Frau, insbesondere bei Schwangerschaft und Mutterschaft

[09.07.2020, Rs C-526/19, Entoma \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Lebensmittelsicherheit – **Neuartige Lebensmittel** und Lebensmittelzutaten – Verordnung (EG) Nr 258/97 – Art 1 Abs 2 – **Aus Tieren isolierte Lebensmittelzutaten** – Für den menschlichen Verzehr bestimmte ganze **Insekten** – Auslegung des sachlichen Anwendungsbereichs der Verordnung

[09.07.2020, Rs C-543/19, Jebesen & Jessen \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 des Rates – Art 78 – Durchführungsverordnung (EU) 2015/82 der Kommission – Art 2 Abs 1 – Endgültiger **Antidumpingzoll** – Befreiung – Voraussetzung der **Vorlage einer Verpflichtungsrechnung** – Unterlassen einer im Anhang zur Durchführungsverordnung 2015/82 aufgeführten Pflichtangabe – Berichtigung der Verpflichtungsrechnung

[09.07.2020, Rs C-667/19, AM \(Étiquetage des produits cosmétiques\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Kosmetische Mittel** – Verordnung (EG) Nr 1223/2009 – Art 19 – Informationen für die Verbraucher – Kennzeichnung – Auf den Behältnissen und **Verpackungen anzubringende Angaben** – **Verwendungszweck** des kosmetischen Mittels – Schutz der menschlichen Gesundheit – Angaben auf einem dem kosmetischen Mittel beigegebenen oder an ihm befestigten Zettel, Etikett, Papierstreifen, Anhänger oder Kärtchen – Kennzeichnung in einer Fremdsprache – Verpackung kosmetischer Mittel mit einem Verweis auf einen in der Sprache des Verbrauchers verfassten Produktkatalog

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

07.07.2020, Beschwerde Nr [62130/15](#), K.A. / Schweiz

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Ablehnung** der Verlängerung einer **Aufenthaltsbewilligung** und **Verfügung eines vorübergehenden Einreiseverbots** in die Schweiz nach strafrechtlicher Verurteilung aufgrund eines **Drogendeliktes**; Ausweisung des Bf aus der Schweiz, wo kranke Frau und kranker Sohn leben; **angemessene und überzeugende Analyse der relevanten Tatsachen** und Erwägungen sowie **gründliche Abwägung** der betroffenen konkurrierenden Interessen; zur Verhinderung von Unruhen und Kriminalität notwendig, die Aufenthaltserlaubnis nicht zu verlängern und die Einreise für begrenzte Dauer von sieben Jahren zu untersagen

09.07.2020, Beschwerde Nr [5294/14](#), Albert ua / Ungarn (GK)

Beschwerden von **Aktionären** zweier Sparkassen (Bf), die nach der Einführung eines neuen Gesetzes im Jahr 2013 einer zentralen Aufsichtsbehörde unterstellt wurden; Beschwer darüber, dass die neue Gesetzgebung das Recht auf Einflussnahme auf die Tätigkeit der Banken, an denen die Bf Anteile hielten, eingeschränkt habe; die beanstandeten Handlungen haben

hauptsächlich die Sparkassen betroffen und die Aktionärsrechte der Bf als solche nicht unmittelbar berührt; Beschwerden hätten von den Sparkassen und nicht von den Aktionären eingereicht werden müssen; Klage daher als **unzulässig** erklärt

09.07.2020, Beschwerde Nr [41701/16](#), Y.T. / Schweiz

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Ablehnung des Antrags eines **Transsexuellen** (Bf) auf **Geschlechtsumwandlung** durch inländische Gerichte; Behauptung des Bf, dass er sich seiner männlichen Geschlechtsidentität während seiner Jugendzeit bewusst geworden sei und dass er als Mann in der Gesellschaft gelebt habe; Bf hatte den Prozess der Geschlechtsumwandlung bereits begonnen; Veränderung des körperlichen Erscheinungsbildes sowie der sozialen und familiären Identität; die inländischen Behörden waren der Ansicht, dass das öff Interesse es erfordere, den gesetzlichen Geschlechtswechsel nicht zu erlauben; Bf wurde über einen unangemessenen und ununterbrochenen Zeitraum in beunruhigende Lage versetzt, welche Gefühle der **Verletzbarkeit, Demütigung und Angst** hervorrufen konnte; **keine ausreichenden und relevanten Gründe für die Weigerung** der inländischen Behörden vorhanden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.